

Teil B: Leistungsbeschreibung und vertragliche Bedingungen zur Vergabe von Prozess- und Organisationsberatungsleistungen im betrieblichen Gesundheitsmanagement

A. Ausgangslage, Rahmenbedingungen und Hintergrund des Vorhabens	2
I Allgemeines und gesetzliche Rahmenbedingungen	2
II Ziele und Zweck von MEHRWERT:PFLEGE	2
III Gegenstand des Auftrags	3
Los 1: Prozess- und Organisationsberatung in Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen	4
Los 2: Prozess- und Organisationsberatung sowie Maßnahmenumsetzung bei ambulanten Pflegediensten	10
B. Projektbeteiligte	16
C. Leistungsumfang	16
D. Zeitplan für die Erbringung der Leistungen	17
E. Rahmenbedingungen der Leistungserbringung	17

A. Ausgangslage, Rahmenbedingungen und Hintergrund des Vorhabens

I Allgemeines und gesetzliche Rahmenbedingungen

Die Ersatzkassen

- Techniker Krankenkasse (TK)
- BARMER
- DAK-Gesundheit
- Kaufmännische Krankenkasse – KKH
- Handelskrankenkasse (hkk)
- HEK – Hanseatische Krankenkasse

vertreten durch den Verband der Ersatzkassen e. V. als gemeinsamer Bevollmächtigter mit Abschlussbefugnis (vdek) – im Folgenden „der Auftraggeber“ - beabsichtigen die Vergabe einer Rahmenvereinbarung über Leistungen einer kontinuierlichen Prozess- und Organisationsberatung im Bereich des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) in Krankenhäusern, (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen einerseits und ambulanten Pflegediensten andererseits im Rahmen des Angebots MEHRWERT:PFLEGE (vgl. www.mehrwert-pflege.com). Ziel des Auftraggebers ist es, eine bundesweit standardisierte Prozess- und Organisationsberatung entsprechend den Kriterien des GKV-Leitfadens Prävention (§ 20b i. V. m. § 20 SGB V) umsetzen zu lassen, die jeweils auf die Einrichtungsspezifika und Rahmenbedingungen vor Ort anzupassen ist.

Mit Inkrafttreten des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes (PpSG) im Jahr 2019 haben die gesetzlichen Krankenkassen den Auftrag erhalten, die betriebliche Gesundheitsförderung (BGF) in Krankenhäusern, (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten zu stärken. Mit dem PpSG verknüpft der Gesetzgeber die Erwartung, dass die gesetzlichen Krankenkassen einen besonderen Fokus auf die Beratung und Unterstützung von Krankenhäusern, (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten legen. Zielsetzung des gesetzlichen Auftrages ist es, mit BGM-Maßnahmen psychische und körperliche Belastungen von Beschäftigten in der Pflege zu reduzieren und die gesundheitlichen Ressourcen des Pflegepersonals zu stärken, um so mit spezifischen Arbeitsbelastungen besser umgehen zu können (sog. Verhaltensprävention). Darüber hinaus gilt es auch, die Arbeitsbedingungen entsprechend dem Verständnis und den Zuständigkeiten der gesetzlichen Krankenversicherung gemäß dem Leitfaden Prävention nach § 20b i. V. m. § 20 SGB V (**Anlage B.04**) gesundheitsfördernd zu gestalten (sog. Verhältnisprävention). Das Konzept MEHRWERT:PFLEGE wird im Namen und Auftrag der Ersatzkassen über den vdek umgesetzt.

II Ziele und Zweck von MEHRWERT:PFLEGE

Als größte Kassenart mit bundesweitem Gestaltungsanspruch bekennen sich die Ersatzkassen zu ihrer Verantwortung für eine qualitätsgesicherte (Weiter-)Entwicklung gesundheitsför-

dernder Maßnahmen und Strukturen, die sich an den Rahmenbedingungen von Krankenhäusern, (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten orientieren sowie auf die Bedürfnisse der Beschäftigten in den genannten Einrichtungen zugeschnitten sind. Die Unterstützung des vdek im Namen und Auftrag der Ersatzkassen versteht sich als Investition in eine gesunde Organisation und hat den Anspruch eines prozessorientierten Vorgehens und Begleitung von Krankenhäusern, (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten zur Realisierung einer gesundheitsfördernden Organisationsentwicklung.

Weitere inhaltliche Informationen stehen unter www.mehrwert-pflege.com zur Verfügung.

III Gegenstand des Auftrags

Kernleistung von MEHRWERT:PFLEGE ist eine kostenfreie Prozessberatung zum betrieblichen Gesundheitsmanagement (BGM) von Krankenhäusern, (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen sowie ambulanten Pflegediensten auf Grundlage der in § 20b i. V. m. § 20 SGB V definierten Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung. Die umfassende Begleitung der vorgenannten Einrichtungen erfolgt durch BGM- / Organisationsberater:innen, die sich in ihrem Vorgehen an dem standardisierten Gesundheitsförderungsprozess (Analyse, Maßnahmenplanung, Maßnahmenumsetzung, Evaluation) orientieren. Das Angebot des vdek richtet sich dabei sowohl an Einrichtungen, die ein BGM etablieren möchten als auch an jene, die bereits eine Implementierung vollzogen haben und ihr BGM weiter ausbauen möchten. Das BGM adressiert im Sinne des ganzheitlichen Ansatzes alle Beschäftigungsgruppen (Ärzte und Ärztinnen, Pflegekräfte, medizinisch-technisches Personal, Verwaltung etc.) in den genannten Einrichtungen.

Inhalt dieser Vergabe und damit Gegenstand des Zuschlags sind die nachstehenden Leistungen aufgeteilt in **zwei Losen**:

- **Los 1: Prozess- und Organisationsberatung in Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen**
- **Los 2: Prozess- und Organisationsberatung sowie Maßnahmenumsetzung bei ambulanten Pflegediensten**

Für Pflegeeinrichtungen bzw. Pflegedienste, die eine Mischform aus Krankenhaus, (teil-)stationärer Pflegeeinrichtung oder ambulantem Pflegedienst aufweisen, erfolgt die Zuordnung zu einem der Lose nach der überwiegenden Anzahl der in den Teilbereichen eingesetzten Beschäftigten.

Es werden in jedem Los bis zu drei Rahmenvereinbarungspartner (wobei ein Partner auch für beide Lose beauftragt werden kann) beauftragt, die für den vdek tätig werden und ihre Leistungen bundesweit vor Ort in den jeweiligen genannten Einrichtungen erbringen.

Los 1: Prozess- und Organisationsberatung in Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen

1. Allgemeine Aufgabenstellung

In Los 1 sind durch den Auftragnehmer insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:

- Konzeption eines ganzheitlichen und strukturierten Ansatzes zur BGM-Prozessberatung in Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen mit dem Ziel einer gesundheitsfördernden Organisationsentwicklung (Beratungskonzeption)
 - nach den Förder- und Qualitätskriterien des Leitfadens Prävention des GKV-Spitzenverbandes gemäß § 20b i. V. m. § 20 SGB V,
 - in Anlehnung an den betrieblichen Gesundheitsförderungsprozess (von der Bedarfsanalyse bis zur Erfolgskontrolle, sog. PDCA-Zyklus),
 - auf Basis der bestehenden organisationsspezifischen Anforderungen und Rahmenbedingungen in den zu beratenden Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen,
 - unter Integration bestehender BGM-Maßnahmen, die durch beauftragte Dritte zur Verfügung gestellt werden,
 - unter Beachtung der seit Beginn des Angebots MEHRWERT:PFLEGE aufgebauten vdek-internen Strukturen sowie gewonnenen Erkenntnisse in der Zusammenarbeit mit den Einrichtungen.
- Konzeption zur Beratung von Einrichtungsträgern, die mehrere Einrichtungen betreiben, mit dem Ziel den jeweiligen Einrichtungsträger in der Etablierung von gesundheitsförderlichen Strukturen in weiteren Einrichtungen zu unterstützen.
- Aufbau eines bundesweiten Projektmanagements zur Koordinierung, Qualitätssicherung und Standardisierung eines bundesweiten Vorgehens mit dem Ziel einer einheitlichen Projektumsetzung in allen Einrichtungen, die das Angebot MEHRWERT:PFLEGE umsetzen; administrative Koordinierung und Sicherstellung eines einheitlichen Berichtswesens / Dokumentation sowie (Finanz-)Controllings. Soweit der Auftragnehmer die Bildung regionaler oder sonstiger Cluster vorsieht, ist deren Anzahl zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit der Projektdurchführung auf maximal 5 Cluster zu begrenzen. Eine Orientierung an den Marktregionen von MEHRWERT:PFLEGE ist wünschenswert. Die Marktregionen teilen sich wie folgt auf: Region Nord (Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern), Region Ost (Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin), Region Süd (Bayern, Baden-Württemberg), Region West (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz). Die Marktregionen sind auch unter der nachfolgenden Website aufgelistet: <https://www.mehrwert-pflege.com/kontakt/#team>. Soweit der Einsatz von Nachunternehmer:innen vorgesehen ist, soll deren Anzahl 15 Nachunternehmer:innen möglichst nicht übersteigen.

- Sicherstellung einer bundesweit einheitlichen Umsetzung der BGM-Prozessberatung in Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen gemäß der zwischen dem Auftraggeber und Auftragnehmer abgestimmten Beratungskonzeption (Ausführungskonzeption).
- Mitwirkung in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und Sicherstellung des Wissenstransfers des in der Forschung erlangten Wissens in die Beratungspraxis nach vorheriger Abstimmung mit dem Auftraggeber.
- Mitwirkung an der Weiterentwicklung des Beratungsansatzes auf Basis der Einrichtungsbedarfe und orientierend an sich verändernden Anforderungen und Entwicklungen in der Arbeitswelt nach vorheriger Abstimmung mit dem Auftraggeber.
- optional: Mitwirkung bei einer externen Evaluation zur Überprüfung der Wirksamkeit des Beratungsansatzes und -konzepts von MEHRWERT:PFLEGE.
- optional: Entwicklung eines Ansprachekonzepts und einer Akquisestrategie zur Gewinnung von Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen für das Angebot MEHRWERT:PFLEGE. Die Akquise erfolgt nach gesondertem Auftrag durch den Auftraggeber.
- optional: Konzeptionierung von digitalen und hybriden Beratungsansätzen.
- optional: Konzeptionierung zur nachhaltigen Gestaltung von Beratungsansätzen, u. a. in Form eines Umsetzungskonzepts wie der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und die Befähigung der zuständigen Personen in den benannten Einrichtungen realisiert und gemessen werden kann.
- optional: Entwicklung eines Konzeptes zur Verknüpfung der Prozessberatung mit klimarelevanten Aspekten im Sinne von Planetary Health. Inhalte sollten u. a. sein: Verständnis für den Zusammenhang von betrieblicher Gesundheit und Planetary Health, Sensibilisierung der Organisationen, die Verknüpfung von Zielen und Maßnahmen im Klimaschutz mit dem BGM sowie eine die Ziele unterstützende Kommunikationsstrategie. Zudem ist aufzuzeigen, inwiefern die Auftragnehmer dies in der eigenen Unternehmenspolitik verankert haben.

Der Auftragnehmer ist im Rahmen seiner Beratung zu einer strikten Neutralität und zur Vermeidung jeglicher Interessenkonflikte verpflichtet. Einzelheiten hierzu regelt die Rahmenvereinbarung in § 8 Abs. 3.

2. Beschreibung einzelner Auftragsinhalte

Der Auftrag für **Los 1** umfasst die folgenden Aufgaben:

- a) **Konzeption des Beratungsansatzes** in Abstimmung mit dem Auftraggeber
- b) **Konzeption und Umsetzung des bundesweiten Projektmanagements** zur Koordination und Qualitätssicherung mit dem Ziel einer einheitlichen Projektumsetzung mit folgenden Leistungen (Standardisierung eines bundesweiten Vorgehens):

- Benennung einer verantwortlichen Projektleitung sowie einer stellvertretenden Projektleitung. Die Benennung ist auf eine(n) Projektleiter(in) und eine(n) stellvertretende(n) Projektleiter(in) zu beschränken.
- Auftaktworkshop unter Beteiligung von Projektleitung und stellvertretender Projektleitung zur Auftragsausgestaltung sowie anschließender Implementierung einer internen standardisierten Kommunikationsstruktur sowie einer fortlaufenden Kommunikation zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer (siehe 2.d).
- Erarbeitung und Anwendung eines gemeinsamen Berichts- und Dokumentationswesens für die Projektumsetzung in den Einrichtungen nach Vorgabe des Auftraggebers.
- Regelmäßige Berichterstattung an den Auftraggeber zum Projektstand (quartalsweises Monitoring in abgestimmter Form) sowie eines Jahresberichts in Textform.
- Entwicklung und Pflege eines Monitoringsystems zur etwaigen Steuerung der Akquise von Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen in Verbindung mit dem Finanzcontrolling.
- Fortlaufende Prozessevaluation zur Erhebung der Umsetzbarkeit und Akzeptanz des Angebots bzw. zur Strukturqualität und Zielerreichung.
- Sicherstellung des Briefings aller eingesetzten Fachberater:innen durch den Auftraggeber sowie Einarbeitung durch den Auftragnehmer.
- Förderung der Vernetzung der Beratungspersonen zur Qualitätssicherung des Angebots.
- Strukturierte Erfassung und Aufbereitung der Beratungserfahrungen der eingesetzten Fachberater:innen sowie Rückkopplung der Projekterfahrungen an den Auftraggeber zur fortlaufenden Optimierung des Angebots MEHRWERT:PFLEGE auf Grundlage der gesammelten Praxiserfahrungen.
- Weiterführende (konzeptionelle) Leistungen, die sich im Laufe der Zusammenarbeit durch Prozesserfahrungen und Erkenntnisse ergeben, in Abstimmung mit dem Auftraggeber.

c) Administrative Koordination

- Erstellung und fortlaufende Aktualisierung eines Verzeichnisses zu dem Einsatz der Fachberater:innen in den jeweils zugeordneten Standorten des Auftragnehmers und Darlegung entsprechender regionaler Gebietszuständigkeit, Darstellung der jeweiligen Beratungskapazitäten mit fortlaufender Aktualisierung (bspw. anhand einer digitalen Landkarte).
- Klärung administrativer Fragen (z. B. zu Rechnungen und Leistungen, Prozessen, Terminabsprachen).

- d) Durchführung eines vierteljährlichen Gesprächs mit dem vdek zu strategischen Entscheidungen und Prioritäten, fortlaufenden Entwicklungen, kritischen Themen und Fragestellungen sowie einer Regelkommunikation zum operativen Umsetzungsgeschehen (z. B. Videokonferenz im Zwei-Wochen-Rhythmus) und einer halbjährlichen Rückschau mit den Fachberater:innen zu Projektergebnissen, Feedback, möglichen Weiterentwicklungen und Optimierungen von Prozessabläufen zur Verbesserungen der Zusammenarbeit sowie weiterer Termine nach Wunsch des Auftraggebers. Die Teilnahme der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung an diesen Formaten ist obligat.
- e) **Durchführung der Beratungsdienstleistungen** in Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen auf Basis der bestehenden Anforderungen in den Einrichtungen.

Die Beratungsdienstleistung umfasst:

- Organisation und Durchführung des strategischen Auftakts (Zielstellungen, Ausrichtung, Erstellung einer Projektkonzeption).
- Begleitung der internen Kommunikationsstrategie.
- Organisationsdiagnostik (quantitativ / qualitativ), die vom vdek entwickelten Instrumente zur Analyse werden hierbei berücksichtigt und angewendet.
- Prozessberatung und Bedarfsermittlung.
- Moderationen und Dokumentation der Arbeitsberatungen (Gremien).
- Beratung zur Maßnahmenplanung.
- Unterstützung bei der Ableitung und Auswahl geeigneter Maßnahmen zur Verhaltens- und Verhältnisprävention sowie deren Einbindung in das BGM (Anmerkung: die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt durch beauftragte Dritte).
- Absprachen / Übergaben mit den für die Umsetzung der Maßnahmen beauftragten Dritten sowie systematische Integration der Ergebnisse der Maßnahmenumsetzung in den weiteren Beratungsprozess (Schnittstellenmanagement).
- Absprachen mit dem Auftraggeber.
- Evaluation der Ergebnisse und des Prozesses.
- Beratung zur Prozesssicherung / Ergebnistransfer / Nachhaltigkeit.
- Befähigung zur eigenständigen Prozessfortführung und Kompetenzvermittlung sowie Schulung zu betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Einrichtung.
- Erstellung eines Abschlussberichts pro Einrichtung.
- Weiterführende Leistungen, die sich im Laufe der Zusammenarbeit durch Prozess Erfahrungen und Erkenntnisse ergeben, in Abstimmung mit dem Auftraggeber.
- optional: Beratung von Einrichtungsträgern, die mehrere Einrichtungen betreuen.

f) Dokumentationspflichten

- Erstellung eines konsolidierten Jahresberichtes über die Aktivitäten in den zu beratenden Einrichtungen pro Kalenderjahr für die Projektdokumentation in Abstimmung mit dem vdek - entsprechend einer zwischen dem Auftragnehmer und den Auftraggebern abzustimmenden Vorlage.
- Quartalsweise Erstellung eines Berichts, der den aktuellen Beratungsstand in den jeweiligen Einrichtungen nach mit dem Auftraggeber definierten Kriterien darlegt. Der Auftragnehmer entwirft auf Basis eines erarbeiteten einrichtungsbezogenen Zeitplans und der Projektkonzeption ein Dokumentationsraster, das den Umsetzungsstand in Stichpunkten nachvollziehbar darstellt und Projektentwicklungen in den Einrichtungen fortschreibt. Dieses Raster ist mit dem Auftraggeber abzustimmen. Begründungen für eventuelle Abweichungen sowie die Benennung von etwaigen Herausforderungen bzw. sich abzeichnenden Problemlagen bei der Umsetzung des einrichtungsbezogenen Projektes werden in standardisierter Form erfasst.

g) Wahrung des Corporate Designs des Auftraggebers

Der Auftragnehmer hat bei den von ihm eingesetzten oder genutzten Dokumenten und Kommunikationsmitteln (wie bspw. Präsentationen in den Einrichtungen) die durch den Auftraggeber vorgegebenen Vorlagen und dessen Corporate Design und Layout (MEHRWERT:PFLEGE) zu verwenden. Erstellt der Auftragnehmer im Projektverlauf bzw. bei der Ausführung von Einzelaufträgen neue Dokumente oder Kommunikationsmittel hat er deren Gestaltung mit dem Auftraggeber abzustimmen und auf dessen Anforderung in das durch den Auftraggeber vorgegebene Corporate Design und Layout (MEHRWERT:PFLEGE) zu überführen. Soweit der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Erfüllung der rahmenvertraglichen Verpflichtungen die Nutzung und / oder Einbindung von Konzepten vorgibt, die der Auftraggeber entwickelt oder mitentwickelt hat oder während der Vertragslaufzeit noch (mit-) entwickeln wird, hat der Auftragnehmer die diesbezüglichen Materialien, Vorlagen und Medien ebenfalls in das durch den Auftraggeber vorgegebene Corporate Design und Layout (MEHRWERT:PFLEGE) zu überführen und im Übrigen etwaige drittbestehende Urheber- und Markenrechte zu beachten.

h) Ergänzende Leistungen

Optional und in Ergänzung zu den Kernleistungen der Prozess- und Organisationsberatung sind nach gesondertem Abruf durch den Auftraggeber zudem folgende Leistungen zu erbringen:

- Implementierung der Erkenntnisse aus Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Auftraggebers in den Beratungsprozess zur Fortentwicklung der Projektkonzeption von MEHRWERT:PFLEGE.

Vergabe von Prozess- und Organisationsberatungsleistungen im Bereich des BGM

- Mitwirkung an Veranstaltungen, bei denen der Auftragnehmer über die Beratungserfahrungen aus umgesetzten BGM-Projekten im Rahmen von MEHRWERT:PFLEGE berichtet (bspw. Informationsveranstaltungen, Netzwerkveranstaltungen).
- Mitwirkung an Sonderprojekten im Sinne der Kooperation mit weiteren Partnern bzw. der sozialversicherungsträgerübergreifenden Zusammenarbeit.

Los 2: Prozess- und Organisationsberatung sowie Maßnahmenumsetzung bei ambulanten Pflegediensten

Im Folgenden werden die Anforderungen in **Los 2** der Prozess- und Organisationsberatung sowie der Maßnahmenumsetzung bei ambulanten Pflegediensten dargelegt. Der Auftraggeber hat in dem Forschungsprojekt „EMMA - Evidenzbasierte Maßnahmenentwicklung des BGM/BGF als Modellprojekt für Ambulante Pflegedienste“ ein Maßnahmenpaket entwickelt. Dieses hat ergeben, dass im ambulanten Bereich aufgrund des mobilen Arbeitssettings mit wechselnden Einsatzorten in den Häuslichkeiten der pflegebedürftigen Patient:innen Ansätze wichtig sind, bei der die Beratung mit einer niedrigschwelligen Maßnahmenumsetzung sowie Kurzinterventionen kombiniert wird. Die zukünftigen Rahmenvereinbarungspartner verpflichten sich bei der Beratung in den ambulanten Pflegediensten die Maßnahmen selber, also anders als in Los 1, gemäß dem Konzept „EMMA“ nach einer zuvor durch den Auftraggeber durchgeführten Schulung eigenständig umzusetzen. Die Dauer der Maßnahmenumsetzung beträgt zwischen 30 Min bis max. 3,5 Stunden, mit Vor- und Nachbereitungszeiten ist die max. Dauer 7,5 Stunden pro Maßnahme. Die Auswahl der Maßnahmen richten sich nach den erhobenen Bedarfen bei den ambulanten Pflegediensten.

1. Allgemeine Aufgabenstellung

In Los 2 sind durch den Auftragnehmer insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:

- Konzeption eines strukturierten Ansatzes zur BGM-Prozessberatung sowie der Maßnahmenerbringung in ambulanten Pflegediensten mit dem Ziel einer gesundheitsfördernden Organisationsentwicklung (Beratungskonzeption)
 - nach den Förder- und Qualitätskriterien des Leitfadens Prävention des GKV-Spitzenverbandes gemäß § 20b i. V. m. § 20 SGB V,
 - in Anlehnung an den betrieblichen Gesundheitsförderungsprozess (von der Bedarfsanalyse bis zur Erfolgskontrolle, sog. PDCA-Zyklus),
 - auf Basis der bestehenden organisationsspezifischen Anforderungen und Rahmenbedingungen in den zu beratenden ambulanten Pflegediensten,
 - unter Integration bestehender BGM-Maßnahmen nach dem Konzept „EMMA“, die eigenständig durch die Prozessberater:innen nach der Schulung erbracht werden,
 - unter Beachtung der seit Beginn des Angebots MEHRWERT:PFLEGE aufgebauten vdek-internen Strukturen sowie gewonnenen Erkenntnisse in der Zusammenarbeit mit den Einrichtungen.
- Konzeption zur Beratung von Einrichtungsträgern, die mehrere Einrichtungen betreiben, mit dem Ziel den jeweiligen Einrichtungsträger in der Etablierung von gesundheitsförderlichen Strukturen in weiteren Einrichtungen zu unterstützen.
- Aufbau eines bundesweiten Projektmanagements zur Koordinierung, Qualitätssicherung und Standardisierung eines bundesweiten Vorgehens mit dem Ziel einer einheitlichen Projektumsetzung in allen Einrichtungen, die das Angebot MEHR-

WERT:PFLEGE umsetzen; administrative Koordinierung und Sicherstellung eines einheitlichen Berichtswesens / Dokumentation sowie (Finanz-)Controllings. Soweit der Auftragnehmer die Bildung regionaler oder sonstiger Cluster vorsieht, ist deren Anzahl zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit der Projektdurchführung auf maximal 5 Cluster zu begrenzen. Eine Orientierung an den Marktregionen von MEHRWERT:PFLEGE ist wünschenswert. Die Marktregionen teilen sich wie folgt auf: Region Nord (Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern), Region Ost (Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin), Region Süd (Bayern, Baden-Württemberg), Region West (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz). Die Marktregionen sind auch unter der nachfolgenden Website aufgelistet: <https://www.mehrwert-pflege.com/kontakt/#team>. Soweit der Einsatz von Nachunternehmern vorgesehen ist, soll deren Anzahl 15 Nachunternehmer möglichst nicht übersteigen.

- Sicherstellung einer bundesweit einheitlichen Umsetzung der Prozessberatung in ambulanten Pflegediensten gemäß der zwischen dem Auftraggeber und Auftragnehmer abgestimmten Beratungskonzeption (Ausführungskonzeption).
- Mitwirkung in Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und Sicherstellung des Wissenstransfers des in der Forschung erlangten Wissens in die Beratungspraxis nach vorheriger Abstimmung mit dem Auftraggeber.
- Mitwirkung an der Weiterentwicklung des Beratungsansatzes auf Basis der Bedarfe ambulanter Pflegedienste und orientierend an sich verändernden Anforderungen und Entwicklungen in der Arbeitswelt nach vorheriger Abstimmung mit dem Auftraggeber.
- optional: Entwicklung eines Ansprachekonzepts und einer Akquisestrategie zur Gewinnung von ambulanten Pflegediensten für das Projekt MEHRWERT:PFLEGE. Die Akquise erfolgt nach gesondertem Auftrag durch den Auftraggeber.
- optional: Konzeptionierung von digitalen und hybriden Beratungsansätzen.
- optional: Konzeptionierung zur nachhaltigen Gestaltung von Beratungsansätzen, u. a. in Form eines Umsetzungskonzepts wie der Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und die Befähigung der zuständigen Personen bei ambulanten Pflegediensten realisiert und gemessen werden kann.
- optional: Entwicklung eines Konzeptes zur Verknüpfung der Prozessberatung mit klimarelevanten Aspekten im Sinne von Planetary Health. Inhalte sollten u. a. sein: Verständnis für den Zusammenhang von betrieblicher Gesundheit und Planetary Health, Sensibilisierung der ambulanten Pflegedienste die Verknüpfung von Zielen und Maßnahmen im Klimaschutz mit dem BGM sowie eine die Ziele unterstützende Kommunikationsstrategie. Zudem ist aufzuzeigen, inwiefern die Auftragnehmer dies in der eigenen Unternehmenspolitik verankert haben.

Der Auftragnehmer ist im Rahmen seiner Beratung zu einer strikten Neutralität und zur Vermeidung jeglicher Interessenkonflikte verpflichtet. Einzelheiten hierzu regelt die Rahmenvereinbarung in § 8 Abs. 3.

1. Beschreibung einzelner Auftragsinhalte

Der Auftrag für **Los 2** umfasst die folgenden Aufgaben:

- a) **Konzeption des Beratungsansatzes** in Abstimmung mit dem Auftraggeber
- b) **Konzeption und Umsetzung des bundesweiten Projektmanagements** zur Koordination und Qualitätssicherung mit dem Ziel einer einheitlichen Projektumsetzung mit folgenden Leistungen (Standardisierung eines bundesweiten Vorgehens):
 - Benennung einer verantwortlichen Projektleitung sowie einer stellvertretenden Projektleitung. Die Benennung ist auf eine(n) Projektleiter(in) und eine(n) stellvertretende(n) Projektleiter(in) zu beschränken.
 - Auftaktworkshop unter Beteiligung von Projektleitung und stellvertretender Projektleitung zur Auftragsausgestaltung sowie anschließender Implementierung einer internen standardisierten Kommunikationsstruktur sowie einer fortlaufenden Kommunikation zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer (siehe 2.d)
 - Teilnahme an einer Schulung durch den Auftraggeber oder von ihm dafür vorgesehene Dritte zu dem entwickelten Maßnahmenpaket „EMMA“ für das ambulante Setting mit den Themenfeldern „Zusammenarbeit fördern, Arbeitsstrukturen neu denken, Selbstpflege leben, Zeitliche Balance gestalten, Körper stärken, Herausfordernde Situationen meistern“ mit mindestens 23 in der Forschungspraxis entwickelten Maßnahmen.
 - Umsetzung der Maßnahmen aus dem Forschungsprojekt EMMA auf der Grundlage von Einzelbeauftragungen nach Beantragung beim vdek.
 - Erarbeitung und Anwendung eines gemeinsamen Berichts- und Dokumentationswesens für die Projektumsetzung in den Einrichtungen nach Vorgabe des Auftraggebers.
 - Regelmäßige Berichterstattung an den Auftraggeber zum Projektstand (quartalsweises Monitoring in abgestimmter Form) sowie eines Jahresberichts in Textform.
 - Fortlaufende Prozessevaluation zur Erhebung der Umsetzbarkeit und Akzeptanz des Angebots bzw. zur Strukturqualität und Zielerreichung.
 - Sicherstellung des Briefings aller eingesetzten Fachberater:innen durch den Auftraggeber sowie Einarbeitung durch den Auftragnehmer. Sicherstellung, dass eingesetzte Beratungspersonen fachlich zu den Maßnahmen qualifiziert werden, sofern diese im späteren Prozessverlauf erst hinzukommen.
 - Förderung der Vernetzung der Prozessberater:innen zur Qualitätssicherung des Angebots.

- Strukturierte Erfassung und Aufbereitung der Beratungserfahrungen der eingesetzten Fachberater:innen sowie Rückkopplung der Projekterfahrungen an den Auftraggeber zur fortlaufenden Optimierung des Angebots MEHRWERT:PFLEGE auf Grundlage der gesammelten Praxiserfahrungen.

c) Administrative Koordination

- Erstellung und fortlaufende Aktualisierung eines Verzeichnisses zu dem Einsatz der Fachberater:innen in den jeweils zugeordneten Standorten des Auftragnehmers und Darlegung entsprechender regionaler Gebietszuständigkeit, Darstellung der jeweiligen Beratungskapazitäten mit fortlaufender Aktualisierung (bspw. anhand einer digitalen Landkarte)
- Klärung administrativer Fragen (z. B. zu Rechnungen und Leistungen, Prozessen, Terminabsprachen)

d) Durchführung eines vierteljährlichen Gesprächs mit dem Auftraggeber zu strategischen Entscheidungen und Prioritäten, fortlaufenden Entwicklungen, kritischen Themen und Fragestellungen sowie einer Regelkommunikation mit dem Auftraggeber zum operativen Umsetzungsgeschehen (z. B. Videokonferenz im Zwei-Wochen-Rhythmus) und einer halbjährlichen Rückschau mit den Fachberater:innen zu Projektergebnissen, Feedback, möglichen Weiterentwicklungen und Optimierungen von Prozessabläufen zur Verbesserungen der Zusammenarbeit sowie weiterer Termine nach Wunsch des Auftraggebers. Die Teilnahme der Projektleitung sowie der stellvertretenden Projektleitung an diesen Formaten ist obligat.

e) Durchführung der Beratungsdienstleistung und Maßnahmenumsetzung in ambulanten Pflegediensten auf Basis der bestehenden Anforderungen in den Einrichtungen umfasst:

- Organisation und Durchführung des strategischen Auftakts (Zielstellungen, Ausrichtung, Erstellung einer Projektkonzeption).
- Begleitung der internen Kommunikationsstrategie.
- Organisationsdiagnostik (quantitativ / qualitativ), die vom vdek entwickelten Instrumente werden hierbei berücksichtigt und angewendet.
- Prozessberatung und Bedarfsermittlung.
- Moderationen und Dokumentation der Arbeitsberatungen (Gremien).
- Beratung zur Maßnahmenplanung.
- Unterstützung der ambulanten Pflegedienste bei der Ableitung und Auswahl geeigneter Maßnahmen zur Verhaltens- und Verhältnisprävention sowie deren Einbindung in das BGM.
- Umsetzung von Maßnahmen durch die Prozessberater:innen nach dem Konzept „EMMA“. In begründeten Einzelfällen und nach Absprache mit dem vdek können für

die Umsetzung ausgewählter Maßnahmen Dritte beauftragt werden. In diesen Fällen ist die systematische Integration der Ergebnisse der Maßnahmenumsetzung in den weiteren Beratungsprozess (Schnittstellenmanagement) zu gewährleisten.

- Absprachen mit dem Auftraggeber.
- Evaluation der Ergebnisse und des Prozesses.
- Beratung zur Prozesssicherung / Ergebnistransfer / Nachhaltigkeit.
- Befähigung zur eigenständigen Prozessfortführung und Kompetenzvermittlung sowie Schulung zu betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Einrichtung.
- Erstellung eines Abschlussberichts pro Einrichtung.
- Weiterführende (konzeptionelle) Leistungen, die sich im Laufe der Zusammenarbeit durch Prozess Erfahrungen und Erkenntnisse ergeben, in Abstimmung mit dem Auftraggeber.
- optional: Beratung von Trägerschaften, die mehrere Einrichtungen betreuen.

f) Dokumentationspflichten

- Erstellung eines konsolidierten Jahresberichtes über die Aktivitäten in den zu beratenden Einrichtungen pro Kalenderjahr für die Projektdokumentation in Abstimmung mit dem vdek - entsprechend einer zwischen dem Auftragnehmer und den Auftraggebern abzustimmenden Vorlage.
- Quartalsweise Erstellung eines Berichts, der den aktuellen Beratungsstand in den jeweiligen Einrichtungen nach mit dem Auftraggeber definierten Kriterien darlegt. Der Auftragnehmer entwirft auf Basis eines erarbeiteten einrichtungsbezogenen Zeitplans und der Projektkonzeption ein Dokumentationsraster, das den Umsetzungsstand in Stichpunkten nachvollziehbar darstellt und Projektentwicklungen in den Einrichtungen fortschreibt. Dieses Raster ist mit dem Auftraggeber abzustimmen. Begründungen für eventuelle Abweichungen sowie die Benennung von etwaigen Herausforderungen bzw. sich abzeichnenden Problemlagen bei der Umsetzung des einrichtungsbezogenen Projektes werden in standardisierter Form erfasst.

g) Wahrung des Corporate Designs des Auftraggebers

Der Auftragnehmer hat bei den von ihm eingesetzten oder genutzten Dokumenten und Kommunikationsmitteln (wie bspw. Präsentationen in den Einrichtungen) die durch den Auftraggeber vorgegebenen Vorlagen und dessen Corporate Design und Layout (MEHRWERT:PFLEGE) zu verwenden. Erstellt der Auftragnehmer im Projektverlauf bzw. bei der Ausführung von Einzelaufträgen neue Dokumente oder Kommunikationsmittel hat er deren Gestaltung mit dem Auftraggeber abzustimmen und auf dessen Anforderung in das durch den Auftraggeber vorgegebene Corporate Design und Layout (MEHRWERT:PFLEGE) zu überführen. Soweit der Auftraggeber dem Auftragnehmer

zur Erfüllung der rahmenvertraglichen Verpflichtungen die Nutzung und / oder Einbindung von Konzepten vorgibt, die der Auftraggeber entwickelt oder mitentwickelt hat oder während der Vertragslaufzeit noch (mit-) entwickeln wird, hat der Auftragnehmer die diesbezüglichen Materialien, Vorlagen und Medien ebenfalls in das durch den Auftraggeber vorgegebene Corporate Design und Layout (MEHRWERT:PFLEGE) zu überführen und im Übrigen etwaige drittbestehende Urheber- und Markenrechte zu beachten.

h) Ergänzende Leistungen

Optional und in Ergänzung zu den Kernleistungen der Prozess- und Organisationsberatung sind nach gesondertem Abruf durch den Auftraggeber zudem folgende Leistungen zu erbringen:

- Implementierung der Erkenntnisse aus Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Auftraggebers in den Beratungsprozess zur Fortentwicklung der Projektkonzeption von MEHRWERT:PFLEGE.
- Mitwirkung an Veranstaltungen, bei denen der Auftragnehmer über die Beratungserfahrungen aus umgesetzten BGM-Projekten im Rahmen von MEHRWERT:PFLEGE berichtet.
- Mitwirkung an Sonderprojekten im Sinne der Kooperation mit weiteren Partner bzw. der sozialversicherungsträgerübergreifenden Zusammenarbeit.

B. Projektbeteiligte

Die Leistungen sind im Auftrag des Auftraggebers in der jeweiligen Einrichtung zu erbringen. Es erfolgt insoweit eine Abstimmung im Dreiecksverhältnis zwischen dem Auftraggeber, der Einrichtung und dem Auftragnehmer.

C. Leistungsumfang

(1) Der Auftraggeber hat den geschätzten Umfang der während der Vertragslaufzeit voraussichtlich abzurufenden Beratungsleistungen als Kalkulationsgrundlage für die Angebotserstellung der Auftragnehmer wie folgt unverbindlich ermittelt:

- Für Los 1 werden je Auftragnehmer voraussichtlich mehr als 300 Beratertage pro vollem Vertragsjahr anfallen.
- Für Los 2 werden je Auftragnehmer voraussichtlich mehr als 300 Beratertage pro vollem Vertragsjahr anfallen.

Soweit ein Vertragsjahr nicht einem vollen Kalenderjahr entspricht (Rumpffjahr), wird das geschätzte Beratungsvolumen zeitanteilig (pro rata temporis) angesetzt. Die vorstehenden Schätzungen begründen keinen Anspruch der Auftragnehmer auf Abruf eines bestimmten Leistungsumfangs. Die Auftragnehmer sind jedoch verpflichtet, jederzeit ausreichende personelle und fachliche Ressourcen vorzuhalten, um ein Beratungsvolumen in der vorgenannten Größenordnung vertragsgemäß und fristgerecht erbringen zu können.

(2) Der Auftraggeber garantiert je Los und je Auftragnehmer die Abnahme einer Mindestmenge an Beratertagen wie folgt:

(a) Für die Vertragsjahre 2026 und 2027 (zusammen) garantiert der Auftraggeber je Auftragnehmer und je Los ein Mindestvolumen von insgesamt 120 Beratertagen.

(b) Ab dem Vertragsjahr 2028 garantiert der Auftraggeber je Auftragnehmer und je Los ein Mindestvolumen von 120 Beratertagen pro vollem Vertragsjahr. Für Rumpffjahre ab dem Vertragsjahr 2028 wird die Mindestabnahmemenge entsprechend zeitanteilig berechnet.

Unterschreitet der tatsächliche Abruf in einem Vertragsjahr bzw. in dem in lit. (a) genannten Zeitraum die jeweilige Mindestabnahmemenge, so ist der Auftraggeber berechtigt, gegenüber dem betroffenen Auftragnehmer die Differenz zwischen der Mindestabnahmemenge und den tatsächlich abgerufenen Beratertagen auf die Folgejahre bis zum Ablauf der Vertragslaufzeit zu übertragen. Sollten die jährlichen Mindestabnahmemengen bis zum Ende der Vertragslaufzeit nicht vollständig beauftragt worden sein, streben die Vertragsparteien eine einvernehmliche Regelung über die Erfüllung der Beauftragungspflicht des Auftraggebers an.

(3) Das über die Gesamtheit der auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung zu vergebenden Einzelaufträge insgesamt abrufbare Beratungsvolumen ist für die Dauer der Vertragslaufzeit im **Los 1** unter Einbeziehung der optionalen Leistungen auf eine Höchstmenge von insgesamt **7.640 Beratertagen** sowie im **Los 2** unter Einbeziehung der optionalen Leistungen auf eine Höchstmenge von insgesamt **2.160 Beratertagen** begrenzt. Nach Erreichen der Höchstmenge ist der Auftraggeber nicht verpflichtet, weitere Einzelaufträge auf Grundlage dieser Rahmenvereinbarung zu erteilen; ein Anspruch der Auftragnehmer auf Abruf über die Höchstmenge hinaus besteht nicht.

Es besteht keine Exklusivität der Rahmenvereinbarung. Das Nähere hierzu regelt § 1 Abs. 4 der Rahmenvereinbarung.

D. Zeitplan für die Erbringung der Leistungen

Der Auftraggeber strebt nach der Erteilung des Zuschlages eine unverzügliche Aufnahme der Leistungen durch den Auftragnehmer an. Die Auftragnehmer müssen zu einer Leistungsaufnahme binnen fünf Wochen nach der Zuschlagserteilung bereit stehen.

Zur Abstimmung der zeitlichen und inhaltlichen Planungen wird es nach dem Zuschlag einen Auftaktworkshop mit dem / den Auftragnehmer geben. Näheres hierzu ist der Rahmenvereinbarung zu entnehmen. Der Auftaktworkshop wird nach derzeitiger Planung in der 45. KW 2026 stattfinden. Die Auftragnehmer müssen sich für den Fall der Zuschlagserteilung zur Teilnahme am Auftaktworkshop bereithalten. Zudem sind Akquiseveranstaltungen ab KW 48 vorgesehen, bei denen ein Mitwirken des Auftragnehmers bei Bedarf vorgesehen ist.

E. Rahmenbedingungen der Leistungserbringung

Mit dem / den Auftragnehmern ist je Los eine Rahmenvereinbarung über die Erbringung der Beratungsleistungen abgeschlossen worden.

Daneben ist ein Vertrag über die Verarbeitung von Daten im Auftrag des Auftraggebers (Auftragsverarbeitung) geschlossen worden.

Anlagen

Die nachfolgend aufgezählten Anlagen werden in elektronischer Form zum Download auf der Vergabepattform bereitgestellt:

Nr.	Unterlage
B.01	Rahmenvereinbarung über die BGM-Prozess- und Organisationsberatung und Begleitung von Krankenhäusern und (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen auf Grundlage des Leitfadens Prävention nach § 20b i. v. m. § 20 SGB V
B.02	Vereinbarung nach § 80 SGB X, Art. 28 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) mit den Anlagen 1 bis 4
B.03	Leitfaden Prävention nach § 20b i. V. m. § 20 SGB V